Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 928] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 928

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 49. Mittwoch, den 28 Februar 1906. 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Klassenjustiz.

L. V. Keine Klassenherrschaft begnügt sich damit, die Gewalt zu haben; jede Klassenherrschaft ist bemüht, ihre Gewalt mit dem Scheine Rechtens zu verkleiden. Das gebietet ihr schon der Trieb der Selbsterhaltung, denn eine herrschende Klasse fühlt sich und ist auch in dem Maße sicherer, worin die beherrschten Klassen des guten Glaubens sind, sie ständen nicht unter der Herrschaft der Gewalt, sondern unter der Herrschaft des Rechts. Hieraus erklärt es sich auch, daß alle Schichten der herrschenden Klassen, einschließlich die liberale Bourgeoisie, das gleiche Interesse haben, sich anzustellen, als spreche die Majestät des Rechts, wo tatsächlich nur die Keule der Gewalt arbeitet; es ist bekannt genug wie bitter Lassalle die „liberalen Kalbsköpfe“ verspottet hat, die ihr „heiligstes Paladium“, den „preußischen Richterstand“ nie anders als mit zwei vollen Pausbacken aussprechen, bei seiner bloßen Erwähnung schon vor Entzücken schnalzen und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen.

Hinter den Kulissen freilich, wo die beherrschten Massen sie nicht hören, sind sie wohl offenherziger. So fanden wir dieser Tage in einem bereits vierzig Jahre alten verstaubten Bande einer gelehrten Zeitschrift eine Abhandlung Karl Twestens, der sowohl eine Leuchte des „preußischen Richterstandes“, als auch eine Leuchte des deutschen Liberalismus und übrigens in seiner Weise ein ehrlicher Mann war. Er hebt zunächst hervor, daß in den Tagen des Absolutismus von einer unabhängigen Rechtspflege nicht gesprochen werden konnte, sondern der damalige Richterstand nur ein Werkzeug der Klassenherrschaft gewesen sei, indem er schreibt: „Daß ein Richterstand auf die Dauer politischen Strömungen und einem konsequent geübten Druck der Regierungsgewalt widerstehen sollte, darf von ihm so wenig erwartet werden, wie von einem besoldeten Beamtentum überhaupt. Denn materielle Unabhängigkeit läßt sich einem besoldeten Beamtentum nicht geben, und bei materieller Abhängigkeit ist ein unabhängiger Geist und Charakter immer nur die auszeichnende Eigenschaft Einzelner.“ So Twesten über die Zeit des, wie er sich ausdrückt, „alten naiven Absolutismus“; wie dann der moderne Klassenstaat, sobald er durch die Revolution von 1848 um seine „Naivität“ gekommen war, sich sein Recht und seine Richter trainierte, das schildert Twesten speziell an den preußischen Verhältnissen.

Er spricht von dem preußischen Strafgesetze von 1851, das nach der Niederwerfung der Revolution von 1848 zu schaffen, zu den ersten Taten der Gegenrevolution gehörte. Darüber sagt er: „Das neue Kriminalrecht straft die Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und obrigkeitliche Anordnungen, wie beim Widerstande gegen Beamte, unabhängig davon, ob die obrigkeitlichen Handlungen oder Anordnungen innerhalb der Kompetenz und des Gesetzes liegen, straft die öffentliche Billigung verbotener Handlungen, die Störung des öffentlichen Friedens, die Anreizung der Staatsangehörigen gegeneinander, was alles dem (preußischen) Landrecht unbekannt war. Das preußische Strafrecht schützt nicht blos die Personen in öffentlichen Funktionen gegen Beleidigungen und Verleumdungen, sondern auch die Einrichtungen des Staates und die Anordnungen der Obrigkeit gegen Entstellungen, Schmähungen, Erregung von Haß und Verachtung. Bei strenger Praxis bleibt kaum eine mißbilligende Kritik gegen Regierungshandlungen, kaum die Deduktion, daß dieselben rechtswidrig seien, möglich, was in früherer Zeit immer für zulässig galt.“ Man sieht: der „alte naive Absolutismus“ vertrug die Kritik, aber der Klassenstaat, der um seine „Naivität“ gekommen ist, verträgt sie nicht mehr. Mit anderen Worten: der alte Absolutismus fürchtete noch nicht die geistige Selbständigkeit der beherrschten Massen, weil sie als Massenerscheinung noch nicht vorhanden war, aber der Klassenstaat, der die Revolution erlebt hatte, kannte die Frucht vom Baume der Erkenntnis. Nur daß sich sein böses Gewissen in die „Majestät des Rechts“ verkleidete; die „ewige Gerechtigkeit“ in den Kautschukparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs — die ihrem Wesen nach alle aus dem preußischen Strafgesetze von 1851 stammen — ist noch nicht 60 Jahre alt.

Jedoch wie sich der moderne Klassenstaat sein Recht schaffe, so erzieht er sich auch seine Richter. Der „alte naive Absolutismus“ konnte sich noch den Luxus des Grundsatzes gestatten, daß die Beamten nur innerhalb des Landrechts und der Verfassung zum Gehorsam verpflichtet seien. Das änderte sich allmählich mit den Vorboten der Revolution und die preußischen Richter wurden schon im Jahre 1844 unter ein Disziplinargesetz gestellt, aber, so schreibt Twesten wörtlich: „Nach 1848 wurde das alles in ein regelmäßiges System gebracht. Gegen richterliche Beamte war nur ein Verfahren vor den ordentlichen Strafgerichten und in der sistierenden Form des Kriminalprozesses möglich. Es war eine völlig grundlose Behauptung des Ministers v Kamptz gegen Heinrich Simon, daß auch schon vor dem Gesetz von 1844 Richter ohne Urteil und Recht ihres Amtes sollten entsetzt werden können. Als das Disziplinargesetz von 1844 Dienstvergehen und unordentliche Lebensart auch bei richterlichen Beamten zum Disziplinarverfahren verwies, erregte es großes Aufsehen und heftigen Widerspruch . . . Die Disziplinargesetze von 1851 und 1853 wurden mit geringer Opposition hingenommen, und doch gingen sie in erschreckendem Maße über das Gesetz von 1844 hinaus. Vor allem hielt das ältere Gesetz noch die materiellen Bestimmungen, die genau spezialisierten Fälle des Landrechts fest; an ihre Stellen sind jetzt die ganz vagen Kategorien getreten: wer die Pflichten verletzt, die ihm sein Amt auferlegt, wer sich durch sein Verhalten in oder außer dem Amte der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt. Dehnt man unter solchen Allgemeinheiten die Pflicht der Treue und des Gehorsams gegen das Staatsoberhaupt auf System und Maßregeln der jeweiligen Regierung aus, so läßt sich jeder mißliebige, jeder den herrschenden Tendenzen widerstrebende Beamte nach Belieben beseitigen. Die undefinierte Disziplinargewalt macht sich, wie die unbestimmte Oberaufsicht des Staates, für jeden Fall selbst das Gesetz. Ebenso kräftig und in korrespondierender Ergänzung mit Disziplinargesetzen, Konduitenlisten, Furcht und Einschüchterung wirken auf der andern Seite Auszeichnungen und Beförderungen nach politischen Tendenzen, systematische Besetzung der höheren Stellen, nicht nach technischer Befähigung, sondern nach politischen Rücksichten, um Gewissenhaftigkeit und Festigkeit zu untergraben und das Beamtentum zum dienstwilligen Werkzeug des jeweiligen Regierungssystems zu machen. Helvetius meinte: „Die Juristen seien stets die bereiten Diener des Despotismus; hätte die Pest Oeden und Pensionen zu vergeben, sie würde beweisen, daß sie von Gottes und Rechts wegen bestehe, und daß sich ihr zu entziehen Hochverrat sei.“

Soweit Twesten; es sind immerhin nur einige Lichter, die er auf die preußische Justiz wirft, aber sie werden genügen, um unsern Lesern zu zeigen, daß die Klassenjustiz keine Erfindung der „Hetzer“ und „Schimpfer“, sondern eine höchst reale Einrichtung des modernen Klassenstaates ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

„Die Grundsätze des Gottesgnadentums der Fürsten und sogen. Legitimität dürfen im 20. Jahrhundert nicht mehr angerufen werden . . . . Die nationalen Forderungen anderer Völker an ihre Fürstenhäuser müssen endlich auch bei dem deutschen Volke zu den politischen Selbstverständlichkeiten gehören . . . . Volksrecht geht über Fürstenrecht. Das 20. Jahrhundert glaubt nicht mehr an das Gottesgnadentum, es verlangt Rechte und Pflichten auf Gegenseitigkeit. Wenn das Haus . . . . Pflichten gegen das deutsche Volk nicht erfüllt, so gehen seine Besitztitel an seinen Thron verloren, der doch nur auf deutschem Blute aufgebaut ist. Auch wir monarchisch gesinnten deutschen Männer des 20. Jahrhunderts müssen uns allmählich daran gewöhnen, die Staatsverhältnisse weniger unter dynastischen und höfischen Gesichtswinkeln zu betrachten, als vielmehr von dem erhabenen Standpunkt des Volkstums aus.“ — Wo steht das? Etwa in einer revolutionären Flugschrift aus der demokratischen Vergangenheit des Bürgertums? Oder in einer sozialdemokratischen Zeitung? Keineswegs, sondern in der Zeitschrift „Deutsche Politik“, dem Organ unserer Alldeutschen und zwar in einem Artikel des Leipziger Professors Hasse über „Deutsche Grenzpolitik“. Der Verfasser ist durch zwei Legislaturperioden Reichstagsabgeordneter und zwar Mitglied der nationalliberalen Fraktion gewesen; er ist Vorsitzender des Alldeutschen Verbandes, dessen Mitglieder als Flotten-Vereinler und Kolonialschwärmer bis in hohe politische und höfische Kreise großes Ansehen genießen. Wenn so patentierte Patrioten gegen Gottesgnadentum und Fürstenrecht losziehen dürfen, dann wird man in Zukunft den Sozialdemokraten ihre republikanische Gesinnung wohl nicht mehr verübeln dürfen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß sich Professor Hasse nicht gegen die heimische Dynastie, sondern gegen das Haus Habsburg wendet. Sein Artikel geht nämlich darauf aus, die Angliederung von Oesterreich an Deutschland zu verlangen. Immerhin werden wir's uns merken: „Volksrecht geht über Fürstenrecht“ und „Die Grundsätze des Gottesgnadentums der Fürsten und sogenannten Legitimität dürfen im zwanzigsten Jahrhundert nicht mehr angerufen werden.“

In der Familie Wilhelms II. finden in diesen Tagen allerlei Festlichkeiten statt, für deren Einzelheiten unsre Leser natürlich kein Interesse haben. Aber Wilhelm II hat bei dieser Gelegenheit auch eine Reihe von Reden gehalten, von denen wir eine wenigstens registrieren möchten, da sie für unsre Zustände recht bezeichnend ist. Auf eine von den üblichen „loyalen“ Wendungen überfließende Ansprache des Fürsten Bülow erwiderte Wilhelm II: „Ich sage meinen herzlichsten Dank für die Worte, die Ew. Durchlaucht soeben im Namen des Staatsministeriums an uns gerichtet haben. Das Staatsministerium hat im Laufe seiner Arbeiten wiederholt die Freude gehabt, Einwirkungen Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin nachgeben und sie ausführen zu können, und so hoffe ich, daß die Herren auch in fernerer Zukunft ihre Arbeiten mit mir gemeinsam ausführen und stets im Auge behalten werden und nicht vergessen, daß die erste Frau Deutschlands, die Königin von Preußen, wie alle deutschen Frauen, mäßigend und leitend auch auf Ihre Gedanken einwirken soll.“ — In einer anderen Rede sagte Wilhelm II, daß die Streitkräfte zu Wasser und zu Lande sein „erster und letzter Gedanke“ seien. Und er fügte hinzu: „Gebe Gott, daß ein Kriegsfall nicht eintreten möge. Sollte es aber dennoch geschehen, so bin ich fest überzeugt, daß die Armee sich ebenso bewähren werde, wie vor 35 Jahren.“

Kein Krieg um Marokko! In unserem Pariser Parteiorgan „Humanité“ schreibt Genosse Albert Thomas in einem Artikel über die Konferenz von Algeciras einleitend, daß die Öffentlichkeit allmählich gelernt hat, den Behauptungen, die Konferenz werde scheitern und die Kriegsgefahr werde dadurch in die Nähe gerückt, nicht höheren Wert beizumessen als den Versicherungen friedlicher Absichten durch die Regierungen. Es bestehe die Wahrscheinlichkeit, daß die Diplomaten schließlich doch zu einer Einigung gelangen werden. Dann fährt er fort: Inmitten des allgemeinen Mißbehagens, das die Marokko Verhandlungen seit Monaten über Europa verbreitet haben, inmitten der Gerüchte von diplomatischer Spannung oder gar von Krieg, die gewisse Zeitungen, man weiß nicht zu welchem Zweck, auszustreuen belieben, glauben in der Tat die Völker Westeuropas immer weniger an die Möglichkeit eines Krieges um Marokkos willen. Die Konferenz (zu Algeciras) kann im schlimmsten Fall ergebnislos ausgehen, die diplomatischen Verhandlungen können einige Zeit suspendiert werden. Aber die Erregung des Juni wird man nicht wieder aufleben sehen. Die europäischen Demokratien fühlen dunkel, daß sie mehr und mehr ihre Geschicke zu beherrschen beginnen. Sie verstehen schon undeutlich und bald werden sie völlig verstehen, daß, wenn die diplomatischen Streitigkeiten, wenn die Interessenkämpfe oder auch nur die Kämpfe der Eitelkeit zwischen den beiden Regierungen bisher noch nicht zu blutigem Konflikt geführt haben, es deshalb nicht geschah, weil die Regierungen nicht mehr über Berufsarmeen verfügen. Bei dem jetzigen System der stehenden Heere ist ein Krieg, der kein nationaler Krieg, kein populärer Krieg sein würde, ein ungewisser Krieg und sind schwere Folgen sicher für die Regierung, die ihn unternehmen würde. Gewisse Leute gefallen sich darin, zu wiederholen, daß die deutschen Sozialisten im Kriegsfalle marschieren würden wie ein Mann, als disziplinierte Soldaten des Kaisers! Die Sache ist nicht so sicher. Aber sicher ist, was alle Welt weiß und was die Regierenden Deutschlands und Frankreichs, alle die Staatsleiter wissen, daß sie, weder auf der einen noch auf der anderen Seite des Rheins, begeisterte Volksmassen mit sich reißen werden. Und das ist die sicherste Garantie des Friedens. Wer weiß, ob die marokkanische Krise nicht von diesem Gesichtspunkte aus für den Gerichtsschreiber der Zukunft von ganz besonderer Bedeutsamkeit sein wird. Wer weiß, ob sie nicht zur friedlichen Entwickelung des modernen Europas geholfen hat. In seinen scharfsinnigen Studien über die Philosophie der Geschichte, die Albert Sorel vor einigen Jahren veröffentlichte, zeigt er die seltenen Augenblicke auf in den auswärtigen Beziehungen der Völker, da sie vollkommener, freier über ihre Geschicke bestimmen, von der Stunde, von da ab die Folgen der gefällten Entscheidung sich mit einer Art unvermeidlichen Verhängnisses abrollen. Wir sind jetzt vielleicht an einem dieser Augenblicke, in einer der Epochen, wo der menschliche Wille, der Volkswille mächtig zum Ausdruck gelangen wird. Und zweifellos ist es der Wille zum Frieden und zum friedlichen Fortschritt, den die Völker Westeuropas bekunden werden.

Gegen die geplante Ansichtskartensteuer protestierte eine 3500 Personen zählende Versammlung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern der graphischen Berufe in Leipzig.

Ueber polizeiliche Vielregiererei hat der sächsische Finanzminister Dr. Rüger ein auffälliges Wort gesprochen. In der sächsischen Ersten Kammer äußerte er sich gelegentlich einer Besprechung über die Anstellung von Flußaufsichtsbeamten zustimmend, fügte aber hinzu: „Die polizeiliche Vielregiererei ist in unserem deutschen Vaterlande nachgerade auf einem Stande angekommen, der eine ziemlich ernstliche Reaktion herausfordert. (Sehr gut!) Die fortwährenden Gebote polizeilicher Art sind bisweilen geradezu geeignet, den Spott anderer Länder herauszufordern. Ich hätte es vor 30 Jahren nicht für möglich gehalten, daß wir in einen Zustand polizeilicher Bevormundung hineinkommen würden wie heute, in einen Zustand, der es beispielsweise unter Umständen Sonntags weniger verhängnisvoll macht, eine Semmel zu stehlen, als sie sich zu kaufen.“ — Diese letztere Bemerkung wurde vom

„hohen Hause“ mit großer Heiterkeit aufgenommen. Ganz unberechtigterweise, denn sie zeigt, daß der Minister seiner Bemerkung eine Spitze gegen die Sozialpolitik geben wollte. Im allgemeinen ist das obige Ministerwort durchaus zutreffend, aber es gibt Gebiete, wo die polizeiliche „Vielregiererei“ sehr viel überflüssiger ist als bei der Aufsicht über die Innehaltung der Arbeiterschutzbestimmungen.

Die Verluste im südwestafrikanischen Krieg stellt eine Tabelle des „Militär-Wochenblattes“, die auf den Angaben des Generalstabs beruht, in Vergleich mit den Verlusten in den Kriegen von 1864 1866 und 1870/71. Es ergibt sich, daß bis zum 26. Januar 1906 in der unglückseligen afrikanischen Sandwüste 65 Offiziere und 577 Mannschaften gefallen, vermißt oder an ihren Wunden gestorben sind; 73 Offiziere und 646 Mannschaften wurden außerdem verwundet; 23 Offiziere und 615 Mannschaften starben an Krankheiten. Betrachtet man lediglich die Zahl der Toten (Gefallene, an Wunden oder an Krankheiten Verstorbene), so ergibt sich, daß 8 9 Prozent der nach Südwestafrika gesandten Truppen (14537) Opfer des unglücklichen Krieges geworden sind, während die Prozentzahl 1864 nur 1,7, 1866 3 4, 1870/71 4,6 war. An Toten und Verwundeten hat diese teure Kolonie insgesamt 1999 Mann gefordert! Wofür diese furchtbaren Opfer? Umsonst fragt man. Die einzige Antwort ist die Phrase von der „Ehre der Flagge“!

Das Gerede von der „Seuchengefahr“. In einem längeren Artikel führt das „Berl. Tagebl.“ aus: „Die Maul- und Klauenseuche ist gegenwärtig in Deutschland so gut wie erloschen, aber in verschiedenen ausländischen Staaten gleichfalls. Seit 1903 ist die Seuche in Frankreich stark im Rückgange begriffen; im Jahre 1905 kamen nur noch einzelne Fälle vor. In Dänemark gab es 1900 nur 9 Fälle, 1901 einen verseuchten Bestand und 1902, 1903, 1905 waren vollständig seuchenfrei; 1904 waren einige Bestände verseucht. In Holland waren an Schweineseuche im 1. Quartal des vorigen Jahres 38, im 2. Quartal 45 Tiere erkrankt; in Frankreich im ganzen vorigen Jahre nur 11—16 Bestände, in Dänemark noch weniger. Also von einer „Verseuchung“ läßt sich da nicht reden; die Einfuhrverbote und Einfuhrerschwerungen gegen diese Länder lassen sich nicht mit „Seuchengefahr“ rechtfertigen. Wie sieht es nun eigentlich in Deutschland aus? — Im Jahre 1904 gab es bei uns in 36047 Gehöften Rotlauf und in 89890 Schweineseuche. Es sind wegen Rotlaufes 45299 Schweine gefallen oder notgeschlachtet und wegen Seuche 64883. Und diese Krankheiten gab es, obgleich seit länger als zehn Jahren unsere Grenzen gegen die Einfuhr fremder Schweine geschlossen sind. Nur zur notdürftigsten Fleischversorgung Oberschlesiens hat man an der russischen Grenze bekanntlich eine kleine Lücke gelassen, durch die ein gewisses Kontingent unter sehr erschwerenden sanitären Vorschriften aus Rußland eingeführt werden darf. Aber seit Jahren ist kein verseuchtes russisches Schwein über die deutsche Grenze gelangt. Die Seuchen sind also in Deutschland selbst entstanden. Daß dieses geschieht, beweist eine Mitteilung aus den letzten Tagen, nach der in Göppingen gleichzeitig in 5 Stellen die Schweinepest ausbrach, obgleich nachweislich in der ganzen Gegend kein fremdes Stück Vieh eingeführt wurde. Es ist übrigens auch bemerkenswert, daß England im Jahresdurchschnitt 550000 bis 600000 lebende Schlachtrinder aus den Vereinigten Staaten bezieht, ohne daß die Einfuhr jemals zu Klagen wegen Einschleppung von Seuchen Veranlassung gab. In Deutschland ist diese Einfuhr verboten. Das frische Fleisch dieser Rinder dürfen wir jedoch von England, natürlich erheblich verteuert, kaufen, und es geht wöchentlich in Mengen von 4000 bis 6000 Vierteln über die deutsche Zollgrenze. Der direkte Bezug dieses Fleisches aus Amerika ist in Deutschland seit 1894 gesetzlich untersagt.“ — Auch auf der letzten Zirkus Busch-Parade erklang aus den Männerbrüsten der Notleidenden das Geschrei von der Seuchengefahr. Aber die Spatzen pfeifen's von den Dächern, daß die angeblich um die Gesundheit des deutschen Borstenviehs so Besorgten weiter keine Angste haben, als daß eine Oeffnung der Grenzen einen dicken Strich durch die Geschäfte ihrer Fleischwucherpolitik bedeuten würde.

Rußland.

Abzug aus der Schlüsselburg. Wir teilten schon mit, daß die beiden verhaßten Staatsgefängnisse für politische Gefangene, die Schlüsselburg und die Peter Pauls Festung geräumt werden sollen. Wie sich jetzt herausstellt, ist diese gute Tat durch den Geldmangel der Regierung bewirkt worden. Die Unterhaltung der Festung Schlüsselburg mit den Tausenden von Gendarmen kostete der Regierung recht erhebliche Summen, dabei war die Zahl der Insassen in allerletzter Zeit auf zwölf zusammengeschrumpft. Die russischen Henker haben beschlossen, diese Opfer an irgend einem andern Orte — billiger umzubringen. Die „Nowoje Wremja“ schreibt, daß am 12. Februar die letzten zehn politischen „Verbrecher“ mit einem Extrazuge von Schlüsselburg nach Petersburg gebracht wurden. Hier erwarteten dieselben auf der Station Okhta eine Eskadron berittener Gendarmen und sechs geschlossene Equipagen. Die angekommenen „Vertreter des unterirdischen Rußlands“ wurden eiligst in die verdeckten Kutschen gesteckt, wobei die nötige Begleitung nicht versäumte, ihnen auf dem Fuß zu folgen. Jede Equipage wurde von je zwei berittenen Gendarmen begleitet. Den Schluß des Zuges bildete eine ganze Eskadron Gendarmen. Die Genossen hatten die Tracht gewöhnlicher Sträflinge an. Um 12½ Uhr nachts brachte ein anderer Zug die Genossen weiter. Wohin, das verheimlicht uns der alte Diener des Zaren. Hoffentlich gelingt es den Revolutionären bald, die Gefangenen zu befreien, so oder so!

Viel Geld braucht der Zarismus, und da das Ausland nicht mehr pumpen will, sollen die Russen geschröpft werden. Ein Artikel des Organs, das der Finanzminister inspiriert, bezweckt die Vorbereitung der Oeffentlichkeit auf bevorstehende neue Anleihe, deren Bedingungen infolge der zur Zeit in Rußland herrschenden Ausnahmeverhältnisse augenscheinlich schwerer sein und sich außerhalb des Rahmens früherer derartiger Kreditoperationen halten werden. Es handelt sich, wie ganz zuverlässig verlautet, um eine innere Anleihe.

Der Zusammentritt der Reichsduma ist in einem Erlaß des Zaren auf den 10. Mai ds. Js. festgesetzt worden.

Das Wüten der Reaktion. Das Kriegsgericht in Warschau verurteilte die Gebrüder Johann und Franz Czelalski wegen Attentats gegen einen Schutzmann zum Tode. — Das Kriegsgericht in Werchne Udinsk (Transbaikalien) urteilt über dreißig Eisenbahnangestellte ab. Vier wurden zu Zwangsarbeit verurteilt, neun zum Tode. General Rennenkampf „begnadigte“ vier zum Tode verurteilte zu Zwangsarbeit, die fünf anderen wurden hingerichtet.

Räubertaten. Mehrere Personen, die vermutlich aus den baltischen Provinzen stammen, drangen in das Gebäude der russischen Staatsbank in Helsingfors ein, töteten den Wächter, verwundeten einen Angestellten durch Revolverschüsse und raubten 75000 Rubel. Die Räuber entkamen. Von dem Geld gehörten 35000 Rubel der finnländischen Unionsbank. — In Tiflis schossen 4 Personen auf den Wagen des Rechtsanwalts Heydemann, der von der Staatsbank zurückkehrte, wo er 15000 Rubel erhoben hatte. Die Schüsse verwundeten den Diener. Die Angreifer bemächtigten sich des Geldes und ergriffen die Flucht.

Gerichtet. Der Beigeordnete des Direktors der Putilowwerke bei Petersburg, Nazarow, wurde durch 5 Revolverschüsse getötet. Der Täter ist entkommen.

Verzweiflungskampf. Aus Odessa wird unter dem 25. Februar gemeldet. In der vergangenen Nacht schossen bei einer polizeilichen Durchsuchung des Sternbergschen Hauses Anarchisten auf die Polizeibeamten und verwundeten dabei den Portier des Hauses, dessen Frau und einen Polizeibeamten schwer. Sie flohen dann nach dem Dachraum des Hauses, wechselten Schüsse mit dem inzwischen herbeigerufenen Militär und warfen zwei Bomben, die keinen Schaden anrichteten, als sie auf der Straße platzten. Durch eine nach dem Dach hin abgegebene Salve wurden drei Anarchisten getötet und zwei danach festgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Nach bewährtem Muster. Der neue politische Kurs macht sich bereits in vielfacher Beziehung bemerkbar. Nach etwa 20 Orten des Landes, wo man eine lebhaftere politische Agitation befürchtete, wurden militärische Verstärkungen beordert. Die für Sonntag angesetzten politischen Versammlungen im ganzen Lande wurden von den Behörden verboten. Die katholische Volkspartei hat, hat die Auflösung der politischen Klubs bevorsteht, ihre Auflösung beschlossen.

Frankreich.

Verurteilter Fanatiker. Das Pariser Zuchtpolizeigericht verurteilte den bei den Kundgebungen gelegentlich der Inventaraufnahme in der Kirche des Heiligen Thomas von Aquino verhafteten General des Beurlaubtenstandes Recamier zu 6 Monaten Gefängnis unter Aufschub der Strafvollstreckung.

Amerika.

Kein Schutz für streikende Arbeiter. Wie vor einiger Zeit berichtet, wurden in Key West im Staate Florida die Führer streikender Zigarrenmacher aus Kuba gewaltsam durch ein Bürgerkomitee auf ein Schiff gebracht und nach Havana verschickt. Auf eine Beschwerde des kubanischen Gesandten in Washington wurde eine amtliche Untersuchung eingeleitet, und die Beschwerde ist jetzt als unbegründet zurückgewiesen worden. Die Hafenbehörden hatten ausgesagt, daß ihrer Meinung nach jene Männer sich freiwillig auf das Schiff begeben hätten. „Freiwillig“ bei Nacht und Nebel unter Begleitung von schwer Bewaffneten! „Freiwillig“ ließen manche von ihnen Weib und Kind zurück!

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 27. Februar 1906.

Zuzug nach den Möbelfabriken von Hintze u. Stech, Demuth u. Co., Gebr. Wasserstradt und Ad. Hess ist seitens der Möbeltischler, Drechsler, Maschinen- und Hülfsarbeiter streng fernzuhalten.

Zuzug von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunwerft ausgesperrt sind!

Neue Steuerprojekte beschäftigen gegenwärtig den Reichstag, und eifrig ist man bemüht, alle möglichen und unmöglichen Gegenstände aufzufinden, die man mit Steuern belasten könnte. Doch nicht nur im Reiche, sondern auch in den Einzelstaaten ist man auf der Suche nach neuen Steuern. Hier in Lübeck besteht bereits seit Jahren eine Kommission, deren Aufgabe es ist, neue Steuern herauszutüfteln; diese Kommission ist nunmehr mit einer ganzen Reihe von Vorlagen hervorgetreten und der Senat hat sich für dieselben ausgesprochen. Eine Anzahl Nachträge zu bestehenden Gesetzen liegt vor, die weiter nichts als eine weitere Schröpfung der in Betracht kommenden Leute bedeuten. Ein solcher Nachtrag betrifft die Ermittelung des Nutzungswertes der Grundstücke und Gebäude, ein anderer die Erhaltung der Flurbücher, Mutterrollen usw., ein weiterer die Erhöhung des Schulgeldes für die besseren Schulen. Die Hundesteuer soll um 5 Mk. erhöht werden; auch eine Verteuerung der Jagdkarten ist in Aussicht genommen. Dann sollen in Zukunft auch die Automobile und Motorräder mit 12, 20 und 40 Mk. besteuert werden. Die Fahrradsteuer, welche seinerzeit angeblich zur Herstellung der Radfahrwege beschlossen ist, soll in der bisherigen Höhe bestehen bleiben. Die Gewerbesteuer von dem Betriebe der Gast- oder Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus wird erhöht, ebenso die Gebührentarife der Senatskanzlei, der Rekursbehörde in Gewerbesachen, des Polizeibeamtes, des Finanzdepartements, des Stadt- und Landamtes und der Baudeputation. Aus der Steuer für den Gewerbetrieb im Umherziehen will man gleichfalls mehr herausschlagen und schließlich soll für die Benutzung des öffentlichen Luftraumes durch Schilder, Schaukosten und sonstige Ankündigungsmittel eine Abgabe gezahlt werden. Fürwahr, ein schönes Steuerbouquet ist es, welches demnächst die Bürgerschaft beschäftigen wird. Betroffen werden davon in erster Linie die Arbeiter und der sogenannte Mittelstand. Die leistungsfähigen Schultern hat man so gut wie ganz verschont. Wir werden auf die vorstehend angegebenen Steuervorlagen noch zurückkommen.

Die Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H. hielt am 26. Februar ihre Generalversammlung ab. Der vom Geschäftsführer, Genossen P. Pape, erstattete Jahresbericht lautete in allen Teilen sehr günstig. Der Umsatz ist im verflossenen Jahr gegen das Vorjahr um 52000 Mk. gestiegen, derselbe betrug 599241,27 Mk., die Ausgaben für Waren betrugen 376530,23 Mk., die Betriebskosten und Zinsen 119217,89; die Prozente, welche an die Niederlagen bezahlt wurden, betrugen 79744,78 Mk., der Reingewinn beträgt 23748,37 Mk. Auf Grundstücke, Maschinen und Inventar wurden 13663,75 Mk. abgeschrieben. Verbraucht wurden 16140 Sack Mehl; in der eigenen Mühle wurden 16998 Sack Roggen und Weizen vermahlen. Die ganze Anzahl der gebackenen Brote beträgt 1415661. Die Anzahl der Niederlagen hat sich um 21 erhöht, dieselbe beträgt 275. Die Mitgliederzahl beträgt 1192. Das Spareinlagenkonto für Mitglieder und Nichtmitglieder beträgt 129182,97, hierfür wurden 1905 3¾ Proz. Zinsen gezahlt. Die Bäckerei beabsichtigt, das Geschäft auf die Herstellung und Vermietung von Wohnungen auszudehnen. Sie hat zu diesem Zweck neben den bereits in ihrem Besitz befindlichen Grundstücken Johannisstr. 50.52 zwei weitere Grundstücke Nr. 46 und 48 angekauft und werden, nachdem der Bau, mit dem schnellstens begonnen wird, fertiggestellt, diese Grundstücke einen stattlichen Komplex bilden. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt und der bisherige Kassierer, Genosse J. Böger einstimmig wiedergewählt. Die bisherigen Aufsichtsratsmitglieder, Genossen Sandgaard und Hammann, welche statutengemäß ausschieden, wurden aufs neue und für den zurückgetretenen Genossen Leeke wurde Genosse Neppenhagen gewählt. Beschlossen wurde, für das Geschäftsjahr 1905 20 Prozent Dividende in Brotmarken an die Mitglieder zu verteilen, ferner 2000 Brote à 50 Pfg. an die arbeitslosen Genossen. Zur Verteilung der Brote wurde eine achtgliedrige Kommission gewählt.

Isadora Duncan war gestern wieder einmal nach Lübeck gekommen, um Proben vom Fortschritt in ihrer Tanzausdruckskunst zu geben. Die Dame ist nämlich der Meinung, daß man so gut wie alles, was man denkt und fühlt, durch entsprechende Bewegungen von Armen und Beinen zum Ausdruck bringen kann. Zweifellos gibt es eine ganze Anzahl von Leuten, welche Isadora mit einem Gefühl heiliger Scheu betrachten und in jeder ihrer Bewegungen eine Art Offenbarung finden. Es mag ja sein, daß uns das Verständnis für derartige choreographische Künste fehlt, denn, aufrichtig gesagt, u. E. waren die Vorführungen auf die Dauer langweilig. Die Dame tanzt Poesie und Prosa; sie kann sogar ganze Romane, Lieder, Theaterstücke usw. mit den Gliedern wiedergeben, so wird wenigstens gesagt. Das mag ja sein, aber deshalb wird diese stumme Sprache doch langweilig. Unbedingt zugegeben werden soll, daß Isadora Duncan in ihren Bewegungen stets die Schönheitslinie innezuhalten versucht. Das Publikum, welches verhältnismäßig zahlreich erschienen war, verhielt sich dem Gebotenen gegenüber recht kühl.

Stadthallen-Theater. Alois Pennarini, einer der gefeiertsten Heldentenöre, den die deutsche Bühne zurzeit aufweist, wird nach fast zweijähriger Pause abermals in Lübeck einkehren. Dem Lübecker Publikum ist der seltene Kunstgenuß beschieden, den phänomenalen Sänger in einer seiner Glanzpartien zu hören. Für Donnerstag, den 1. März, ist es der rührigen Direktion des Stadthallen-Theaters mit großen Opfern gelungen Herrn Pennarini für ein einmaliges Gastspiel als Eleazar in „Die Jüdin“ zu gewinnen. Da Eleazar eine Glanzpartie dieses hier so äußerst beliebten Sängers ist, so ist wohl anzunehmen, daß sich das Publikum diesen seltenen Kunstgenuß nicht entgehen lassen wird, da die Preise für diesen auserwählten Gast mäßig gestellt sind und die Vorstellung außerdem im Abonnement stattfinden wird. Das große Haus dürfte an diesem Tage sicher ausverkauft werden, da Herr Pennarini nur einmalig hier in dieser Spielzeit auftreten kann und die erste Aufführung der „Jüdin“ ja bei Publikum und Presse großen Anklang gefunden hat. Es ist daher wohl geraten, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, die bereits von heute ab an der Kasse, wie bei F. W. Kaibel im Vorverkauf zu haben sind. — Morgen, Mittwoch, geht als Volksvorstellung zum Einheitspreise von 50 Pfg. das Lustspiel „Die beiden Leonoren“ in Szene. Zahlreicher Besuch steht zweifellos zu erwarten.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein hier zum Besuch weilender Hausdiener aus Hamburg, der dringend verdächtig ist aus einem hiesigen Konzertlokal einen Winterüberzieher, in dessen Brusttasche sich eine Brieftasche mit einem 100 Guldenschein und diversen Geschäftsbüchern befanden, gestohlen zu haben. Der Ueberzieher wurde bei ihm gefunden, aber ohne die Brieftasche.

pb. **Stiefelmarder.** Festgenommen wurde ein zugereister Zigarrenmacher, der seinem Prinzipal, bei dem er erst seit 2 Tagen arbeitete ein Paar wenig getragene Gummizugstiefel wegnahm und bei einem Trödler verkaufte.

pb. **Körperverletzung.** Ein Schmied, der einem Maschinenmeister mit einem Bierseidel an den Kopf warf, wurde wegen Körperverletzung zur Anzeige gebracht.

pb. **Diebstahl.** In der Nacht vom 24. zum 25. d. M. wurden aus einem an dem Hause Breitestraße 95 angebrachten, unverschlossenen Schaukasten 1 Paar langschäftige kalbslederne Herren-Reitstiefel und 1 Paar langschäftige rindlederne Stiefel gestohlen.

Schlutup. Erhängt hat sich gestern Nachmittag an seinem Bett der Fabrikarbeiter Wittfoot. Als Motiv dürfte Furcht vor einer weiteren ärztlichen Behandlung seines Beinleidens im Krankenhaus zu betrachten sein. W. hinterläßt eine Frau und 5 Kinder.

Eutin. J. O. G. T. Montag hielt der 5. Distrikt des J. O. G. T. (Lübeck, Fürst. Lübeck, Fehmarn, Schönwalde, Plön, Ascheberg) im „Viktoria Hotel“ hierselbst seine vierteljährliche Distrikts-Versammlung ab. Vertreten waren 29 Logen durch 54 Delegierte. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Bericht ist zu ersehen, daß die Enthaltsamkeitsbewegung trotz der vielen Vorurteile und Anfeindungen stets an Anhängerzahl zunimmt. Die Mitgliederzahl beträgt im ganzen Distrikt 873, davon in Lübeck 365.

Oldesloe. Scharfmacher an der Arbeit. Zum 15. Schleswig-Holsteinischen Malerverbandstag hat sich eine große Anzahl Malermeister aus allen Teilen der Provinz eingefunden. Nach Erledigung des Geschäftsberichts hielt der Sekretär des Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbandes, Baron v. Reißwitz, einen Vortrag über Gründung von Arbeitgeberverbänden. Er führte aus, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer gewahrt bleiben müsse, andererseits gebiete den Arbeitgebern die Pflicht der Selbsterhaltung, sich gegenüber dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu einem Verbande zusammenzuschließen und die eigenen Interessen wahrzunehmen. Auf Antrag der Innung Oldesloe wurde beschlossen, den Provinzial-Vorstand zu beauftragen, die Sache der Arbeitgeberverbände in die Hand zu nehmen. — Da die Arbeitgeberverbände überall wie Pilze aus der Erde schießen und den einzigen Zweck verfolgen, den berechtigten Forderungen der Arbeiter ent-

gegenzutreten, so ist es dringend notwendig, daß sich auch die Arbeiter möglichst vollzählig ihrer Organisation anschließen, denn nur dann ist es möglich, etwas zu erreichen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Unglücksfall. Montag morgen geriet in der Norddeutschen Papierfabrik in Uetersen ein Arbeiter zwischen die Walzen der Maschine. Der Verunglückte war sofort tot. Der Körper war völlig breit gequetscht. — In der Sonntag Nacht ist eine große, mit Futtervorräten und Wagen gefüllte Scheune des Lederfabrikanten Sager an der Karlstraße in Neumünster abgebrannt. Da Windstille herrschte, bestand für die Nachbargebäude keine Gefahr. Mit diesem Gebäude ist das zweitletzte „Strohdach" aus dem Stadtgebiet verschwunden. Es wird Brandstiftung vermutet. — Von einem Neubau in der Feldstraße in Kiel stürzte infolge Bruches der Leiter der Dachdeckermeister Schubel mit seinem Gesellen vom Dach. Schubel verstarb alsbald, der Geselle erhielt sehr schwere innere Verletzungen. Der Flensburger Dampfer „Christine Sell" wurde am Pier in Newcastle von dem englischen Dampfer „Una" angerannt und schwer beschädigt.

Hamburg. In der Lohnbewegung der Schauerleute wurde volle Einigung erzielt. Die Hauptpunkte des vereinbarten neuen Lohn- und Arbeitstarifs, der am 11. März in Kraft treten soll, sind folgende: Der Tagelohn wird von 4,50 Mk. auf 4,80 Mk., Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeit von 5,70 Mk. auf 6,20 Mk. erhöht. Bei Arbeiten nach 7 Uhr abends ist eine halbstündige Vesperpause von 6—6½ Uhr, wie am Quai üblich, zu gewähren. — Eine große Versammlung der Malergehilfen nahm nach lebhafter Debatte den neuen Tarif an.

Altona. Gegen die künstlich hervorgerufene Teuerung und die neuen Steuern nahmen Dienstag bezw. Mittwoch voriger Woche in Ottensen und Altona zwei zahlreich besuchte Protestversammlungen Stellung. In jeder Versammlung waren über 2000 Personen, darunter viele Frauen, erschienen. Das Referat hielt in beiden Versammlungen Genosse H. Molkenbuhr-Berlin, der sich unter dem brausenden Beifall der Versammelten glänzend seiner Aufgabe erledigte. Bezüglich der auf Grund des Wuchertarifs abgeschlossenen Handelsverträge erklärte Redner, daß diese sich nicht zehn bis zwölf Jahre halten würden. In beiden Versammlungen wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich gegen alle Steuerprojekte, durch welche die Konsumartikel des Volkes verteuert, das wirtschaftliche Leben und der Verkehr belastet und belästigt werden, insbesondere auch gegen die geplante Erhöhung der Reichssteuern auf Bier und Tabak, gegen die Frachtstempel-, die Quittungs- und die Fahrkartensteuer. Sie richtet an den Reichstag das Ersuchen, alle diese Steuerprojekte abzulehnen, zumal der Ertrag dieser Steuern hauptsächlich der uferlosen Flottenvermehrung und ähnlichen Zwecken dienen soll. Gleichzeitig fordert die Versammlung, daß an die Stelle der indirekten Steuern, welche das Volk besonders schwer belasten, eine progressive Reichseinkommen-, Reichserbschafts- und Vermögenssteuer treten soll."

Altona. Ein schrecklicher Lustmord, der die größte Aufregung hervorrufen dürfte, hat sich hier ereignet. Wir teilten bereits in unserer Sonntagsnummer mit, daß die 6jährige Tochter der in der Katharinenstraße wohnenden Eheleute Garbers seit Freitagabend verschwunden sei und daß man daran allerlei schlimme Vermutungen knüpfe. Das Kind ist am Freitagabend gegen 6 Uhr in der Nähe des Bismarckdenkmals zuletzt gesehen worden, wo es mit andern Kindern spielte. Dort will man auch einen Mann gesehen haben, der einen verdächtigen Eindruck machte. Er trug angeblich eine graue Joppe und soll mehrere Kinder angesprochen haben. Eine nähere Personalbeschreibung hat man nicht machen können. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß dieser Mensch das Kind verschleppt und vielleicht gemißbraucht und ermordet habe. Leider wurde der Kriminalpolizei von dem Verschwinden des Kindes erst nach mehreren Stunden Mitteilung gemacht, so daß sie nicht gleich nach dem Verbleib forschen konnte und der Verbrecher, wenn ein Verbrechen vorlag, einen erheblichen Vorsprung gewinnen konnte. Am Sonnabend sowohl, wie Sonntag forschte die Polizei nach dem Verbleib des Kindes. Alle Beamten waren auf den Beinen. Man suchte den ganzen Außenbezirk der Stadt Altona, einschließlich der Bahrenfelder Tannen, ab, ohne auch nur eine Spur von dem Kind zu entdecken. Da war es natürlich der Polizei zur Gewißheit geworden, daß ein Verbrechen an dem Kind verübt worden sei. Montag morgen wurden die Recherchen erneut wieder aufgenommen. Die kleine Margarete Garbers ist, wie sich nunmehr herausgestellt hat, tatsächlich ermordet worden, und zwar in der scheußlichsten Weise, indem ihr der Leib aufgeschnitten worden ist, wobei eine Knebelung stattgefunden hat. Ob auch ein Sittenverbrechen an der Kleinen verübt worden ist, dürfte die Legalsektion der Leiche ergeben. Die Leiche wurde in einem Klosett der Realschule an der Königstraße aufgefunden. Kriminalpolizeiinspektor Engel nahm zunächst den Tatbestand auf, worauf dann eine Gerichtskommission ebenfalls den Tatbestand aufnahm. Von dem Täter fehlt bisher noch jegliche Spur. Für die Eltern und Pflegebefohlenen wird der Mord eine dringende Warnung sein, ihre Kinder möglichst nicht ohne Aufsicht zu lassen.

Kiel. Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort, da die Firma Ihms u. Graf jedes Entgegenkommen ablehnt. Die Verwaltung der Reichswerft in Kiel kommandiert weiterhin Marinemannschaften, sowie Werftarbeiter zur Kohlenarbeit! Von letzteren wird jeder sofort entlassen bezw. mit Entlassung bedroht, der sich weigert, Streikbrecherarbeit zu leisten. In Kiel und Umgebung findet sich kein Streikbrecher, weshalb die Firma Arbeitswillige aus Schlesien, Oesterreich-Ungarn ꝛc. kommen läßt und auf den Kohlenhöfen der Reichswerft einquartiert; damit keiner entweicht, patrouillieren Militärposten mit scharf geladenem Gewehr! In der Waldenburger Gegend (Schlesien) haben Streikbecheragenten Arbeitswillige unter Vorspiegelung falscher Tatsachen zum Kontraktbruch verleitet und aus fester Arbeit herausgelockt. Wir bitten alle Parteigenossen, hiervon gebührend Notiz nehmen und für strenge Fernhaltung des Zuzuges Sorge tragen zu wollen.

Kiel. Wegen Mißhandlung Untergebener in 192 Fällen hatte sich der zur 4. Kompagnie der 1. Torpedo-Abteilung gehörende Oberbootsmannsmaat Max Schmidt aus Potsdam vor dem Kriegsgericht der 1. Marine-Inspektion zu verantworten. Der schon im Jahre 1892 als Schiffsjunge bei der Marine eingetretene Angeklagte ist nur zweimal disziplinarisch vorbestraft. Er ist während der chinesischen Wirren mit in Ostasien gewesen. Er will seit der Zeit an starker Nervosität leiden. Der gestrige Prozeß bedeutet ein Nachspiel zu der am 23. Mai v. J. wegen Mißhandlung erfolgten Verurteilung des Marinemaaten Langenau zu 6 Wochen Mittelarrest. Schmidt hatte von Dezember 1901 bis Anfang 1905 die Kurse für Torpedobootsmatrosen auf einem Schulboot zu leiten. Während der Zeit hat er von den ihm unterstellten 30 Mann 28 fortgesetzt durch Schläge ins Gesicht, Ohrfeigen, Stöße und Tritte mit den Seestiefeln mißhandelt. Der Angeklagte stellte entschieden in Abrede, daß es sich um direkte Mißhandlungen gehandelt habe, es seien vielmehr nur Aufmunterungen für die zum Teil recht beschränkten Mannschaften gewesen. Bei den Tritten mit den Stiefeln kann von einem Schmerzgefühl nicht die Rede sein. Er habe nur häufig hinzuspringen müssen, um Gefahr zu verhüten, wenn die am Steuerruder Stehenden außer Kurs gekommen waren. Die Beweiserhebung ergab, daß die Püffe und Stöße sowohl bei den Exerzitien auf hoher See wie auch bei der Instruktionserteilung erfolgt sind. Bei jeder unrichtigen Antwort setzte es eine Ohrfeige, einen Stoß ins Genick odrr unter das Kinn. Mehrere Male waren die Schläge derartig, daß die Mißhandelten bluteten. Zwei als Sachverständige geladenen Maate bekundeten, daß es bei der Fahrt eines Torpedobootes auf der See gar nicht zu vermeiden sei, daß dieser und jener der Besatzung einen Puff abbekomme. Vom Ankläger sowie vom Gericht wurde deshalb eine ganze Reihe Fälle als äußerst milde liegend erachtet; einige schieden sogar ganz aus. Der Ankläger beantragte vier Monate Gefängnis und Degradation, das Gericht ließ es jedoch bei einer Gesamtstrafe von drei Monaten Gefängnis bewenden. Von der Degradation wurde Abstand genommen; der Angeklagte sei ehrgeizig gewesen, doch habe ihm die niederträchtige Gesinnung gefehlt.

Bremen. 44 Maschinenschmiede der Aktiengesellschaft „Weser" kündigten, weil ihnen eine Lohnforderung abgelehnt wurde. Die Schmiede forderten 30 Pf. Lohnzulage pro Tag, sie würden natürlich darüber mit sich reden lassen und eventuell auch mit weniger zufrieden sein. Aber die Leute fanden kein Entgegenkommen. Der niedrigste Lohn beträgt jetzt 33 Pf. pro Stunde, den die meisten der Maschinenschmiede erhalten. Daß das ein unerhört niedriger Lohn für die schwere Arbeit der Schmiede ist, leuchtet selbst jedem Laien ein. Hoffentlich sieht auch die Direktion das ein und zeigt sich jetzt einer Verständigung geneigter als bisher.

Wilhelmshaven. Arbeitseinstellung. Nachdem schon am Sonnabend die in den Taucherglocken beim Bau der dritten Hafeneinfahrt beschäftigten Arbeiter der Firma Holzmann wegen Lohnforderungen die Arbeit eingestellt haben, streiken seit gestern morgen auch die bei den Hafenbauten beschäftigten Erdarbeiter derselben Firma, im ganzen 1000 Mann.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

A. B. Sch.
Festkomitee. Mittwoch 8½ Uhr.

Statt besonderer Meldung.

Montag mittag entschlief sanft nach langer Krankheit der Hafenarbeiter

Friedrich Schultz

im Alter von 57 Jahren, betrauert von den Hinterbliebenen.

Lübeck, den 26. Februar 1906.
Friedenstraße 25.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 1. März 1906, nachmittags 3 Uhr, von der St. Lorenzkapelle aus statt.

Zu verm. eine Stube mit Küche
an eine alleinstehende Frau
Rabenstraße 12a (Burgtor).

Ein großes freundliches Zimmer
an zwei junge Leute zu vermieten
Moislinger Allee 50b.

Freundl. Logis für jungen Mann
zu vermieten Ludwigstraße 57, I.

Zum 1. April kleine Wohnung
(Burgtor) zu vermieten, Preis 160 Mk
Zu erfragen Bleicherstraße 27, pt

Zwei Dreizimmer-Wohnungen
à Mk. 200 und Mk. 210
Kottwitzstraße 34.

Zu verm. eine abgeschl. Etage
3 Zimmer und Zubehör, Preis 235 Mk.
Waisenhofstraße 18.

Gesucht zum 1. April für eine alleinstehende Frau **Stube und Küche,** am liebsten vor'm Tor.
Ang. u. **50 K** an die Exped. d. Bl.

Konsumverein für Lübeck u. Umg.
Gesucht ein Lehrmädchen.
Schriftliche Angebote sind bis zum 3 März einzureichen.
Angehörige der Mitglieder werden bevorzugt
Der Vorstand.

Eine Frau sucht Beschäftigung in Waschen und Reinmachen auf sofort oder zum 1. März.
Zu erfragen Hundestraße 62, II., l.

Ein Spiegelschrank (wenn auch alt) billig zu kaufen gesucht.
Ang. mit Preis u. **E A 99** a. d. Exp. d. Bl.

Achtung Arbeitslose!

Diejenigen Arbeitslosen, welche auf die von der Lübecker Genossenschafts-Bäckerei in der Generalversammlung vom 26. Februar ds. Js. beschlossenen 2000 Bröte Anspruch erheben, haben sich am Donnerstag den 1. und Freitag den 2. März, abends von 7—8 Uhr, an folgenden Stellen zu melden:

Mühlentor: Diedrich Möller. Cronsforder Allee 105a.
Hüxtertor: Gustav Ehlers, Augustenstraße 15, I.
Burgtor: A. Jaeger. Arnimstraße 9c.
Holstentor: W. Ploog, Gloxinstraße 18, II. J. Dührkoop, Ritterstraße 6.
In der Stadt: A. Beck, bei Schröder, Lederst. 3. A. Ehlers, im Vereinshaus, Johannisstr. 50—52.
Stockelsdorf: A. Süfke.
Moisling: A. Weitendorf am Sonntag den 4. März, vorm. von 11—12 Uhr, beim Gastwirt Schreiber.

Später sich Meldende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Brotausgabe findet an verschiedenen Tagen statt und wird den Betreffenden der Zeitpunkt mitgeteilt, wann sich dieselben das Brot abholen können.

Die Kommission.

Zu verkaufen **ein Eckschrank, ein Korbplatzstuhl und Kinderklappstuhl, gut erhalten** Fischergrube 44/8.

Ein sehr guterh. Kinderwagen
mit Gummireifen billig zu verkaufen
Glandorpstraße 14, 2 Etage

Ein Portemonnaie mit Inhalt
von Meier, Reiferstraße bis Schuldt, Krempelsdorf **verloren.** Abzugeben gegen Belohnung bei **Joh. Hoffmann, Stockelsdorf.**

Partie amerikanische
¼ Backäpfel
etwas dunkel, solange Vorrat **Pfund 40 Pfg.**
Californische Pflaumen
vorjährig, sehr süß, Pfd. **20** Pfg.
Ludw. Hartwig, Obertrave 8.

Mittwoch morgen:
Prima junges Ziegenfleisch, prima junges Schweinefleisch, prima junges Queenfleisch
Markthallen-Stand 34.

Freihändiger Verkauf
Breitestraße 11
zu bedeutend herabgesetzten Preisen wegen Aufgabe des Ladens:

Weckuhren	sonst Mk. 2.50	jetzt Mk.	1.80
Standuhren	„ „ 1 50	„ „	1 20
Küchentelleruhren	„ „ 5.—	„ „	3.90
„	„ „ 4.25	„ „	3.—
Herrentaschenuhren	„ „ 9 b 12	„ „	5 75
Silb. Herrenuhren	„ „ 12 50	„ „	7 60
Silb. Damenuhren	„ „ 18.00	„ „	10.50
Uhrketten	„ „ 1 b. 1 50	„ „	0 50
Wringmaschinen	„ „ 8 —	„ „	1 —
Putzpomade (Globus)	„ „ 0 10	„ „	0.05
Lebercreme	„ „ 0 10	„ „	0 05

Freischwinger in div. Preislagen jetzt M. 15.— M 16 —, M. 17.—, M. 20 bis 29 —, 3 schwere gold. Herrenuhren, eine mit Repetierwerk.
Goldene Herren- und Damenuhrketten,
„ Damenuhren, Ladenuhren,
6 neue Sofas jetzt M 30 —, 5 Dielengarderoben jetzt M. 24 —, gr. Dielenstanduhren, nußb., sonst M. 190.— jetzt M. 130 —, eich. sonst M. 140.— jetzt M. 130.—
Auktionator **Albert Mohrmann.**

Schöne Bielefelder Eßkartoffeln
hat preiswürdig abzugeben.
H. Niemann, Warendorpstraße 37.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
E. G. m. b. H.

Die in der General-Versammlung vom 26. Februar 1906 beschlossene Dividende von 20% in Brotmarken kann vom Mittwoch den 28. Febr. d. J. ab, gegen Vorzeigung der Anteilscheine, im Geschäftslokal, Töpferweg 65, an den Wochentagen vormittags von 9—12 Uhr, nachmittags von 3—6 Uhr, in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen **A. Beßmann, Friedenstr. 47.**

Empfehlungs-Karten
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Bilanz pro 31. Dezember 1905.

Activa.

	M.	₰
An Grundstücks-Konto	142197	42
„ do. Johannisstraße 50/52	241422	04
„ Dampfmaschinen Konto	512	34
„ Sieb und Sichtmaschinen Konto	997	16
„ Reinigungsmaschinen-Konto	64	20
„ Gasmotor und Maschinen-Konto	6622	83
„ Inventarien-Konto	2541	91
„ Pferde und Wagen-Konto	2626	41
„ Kassa Konto	627	28
„ Giro-Konto	22694	43
„ do.	7332	85
„ Depositen-Konto	650	—
„ Großeinkaufs Gesellschafts Konto	933	40
„ Bankeinlagen-Konto	30516	45
„ Debitoren-Konto	762	02
„ Waren Konto	30157	09
M.	490657	83

Passiva.

	M.	₰
Per Geschäftsanteil Konto	14760	-
„ Asservaten Konto	677	50
„ Reservefonds-Konto	28148	84
„ Spezialfonds-Konto	26051	05
„ Unterstützungsfonds Konto	5769	75
„ Bau Konto	17431	01
„ Hypotheken Konto	76000	—
„ do. Johannisstraße 50/52	180000	—
„ Spareinlagen-Konto	129182	97
„ Sparmarken-Konto	2	10
„ Kreditoren-Konto:		
Noch zu zahlende Zinsen Mk. 1181,25		
„ „ „ Beleuchtungskost. „ 1065,44	2246	69
„ Gewinn- und Verlust-Konto:		
Reingewinn pro 1905	10084	62
M.	490657	83

Gewinn- und Verlust-Konto.

Debet.

	M.	₰
An Dividenden-Konto laut Generalversammlungsbeschluß vom 16. Februar 1905	2754	—
„ Unterstützungsfonds-Konto do.	2000	—
„ Waren-Konto do.	1000	—
„ Grundstücks-Konto do.	2000	—
„ Inventarien-Konto do.	1000	—
„ Spezialfonds-Konto do.	406	78
„ Handlungsunkosten-Konto	9733	04
„ Reparaturen-Konto	5048	88
„ Brenn- und Beleuchtungs-Konto	16202	35
„ Pferdeunterhaltungs-Konto	5526	74
„ Lohn- und Salär-Konto	63955	54
„ Zinsen-Konto	14088	32
„ Provisions-Konto	79744	78
„ Abgaben-Konto	4663	02
„ Debitoren-Konto	69	84
„ Abschreibungen:		
2 % Grundstücks-Konto . Mk. 2901,99		
2 % do. Johannisstr. 50/52 „ 4926,98		
20 % Dampfmaschinen-Konto „ 128,08		
20 % Sieb- u. Sichtmaschinen-Konto „ 249,29		
20 % Reinigungsmaschinen-Konto „ 16,05		
20 % Gasmotor- u. Maschinen-Konto „ 1655,71		
30 % Inventarien-Konto „ 1089,39		
50 % Pferde- u. Wagen-Konto „ 2626,42	13593	91
„ Gewinn-Vortrag auf neue Rechnung	10084	62
M.	231871	82

Kredit.

	M.	₰
Per Gewinn-Vortrag von 1904	9160	78
„ Gewinn auf Waren Konto	206131	04
„ Miete-Konto	16580	—
M.	231871	82

Am 1. Januar 1905 betrug die Mitgliederzahl		1158
Vor dem 1. Januar 1905 verstorben, jedoch nach dem 1. Januar 1905 gemeldet		3
Somit Bestand am 1. Januar 1905		1155
Eingetreten sind 1905		37
Bestand am Schlusse des Jahres 1905		1192
Abgang mit Schluß des Jahres 1905:		
Ausgetreten	4	
Verstorben	14	18
Somit Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1906		1174

Neuntes Jahr mit beschränkter Haftpflicht.

Die Geschäftsguthaben der Mitglieder haben sich seit dem 1. Januar 1905 um Mk 490,— vermehrt.

Die Haftsumme hat sich seit dem 1. Januar 1905 um Mk. 660, — vermehrt.

Betrag der Haftsumme am 31. Dezember 1905 Mk. 35 760, -.

Lübecker Genossenschaftsbäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand: P. Pape. J. Böger.

Der Aufsichtsrat: F. Leeke. C. Sandgaard. C. Hammann. G. Luckmann. A. Beck.

Arbeiter-Radfahrer-Verein LÜBECK.

Gegründet 1894.

Versammlung

am Donnerstag den 1. März 1906 abends 8½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Der Vorstand

Zentral-Verband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands. (Zahlstelle Lübeck)

Extra-Mitgliedern-Versammlung

am Mittwoch den 28. Februar abends 8½ Uhr im Lokale des Herrn Eggers, Stavenstraße.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Der Vorstand

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Mitgliedern-Versammlung

am Mittwoch den 28. Februar abends 8½ Uhr im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung

1. Vortrag: Der Streik und seine Bedeutung.
2. Kartellbericht
3. Innere Verbandsangelegenheiten

Die Ortsverwaltung.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch den 28. Februar, abends 8 Uhr

im Kolosseum:

39. Volkstüml. Konzert

(Orchester: 52 Musiker).

Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth

Richard Wagner-Abend.

Zur Aufführung kommen u. a.:

Walthers Preislied aus „Die Meistersinger von Nürnberg"

Eine Faustouverture.

Siegfried-Idyll.

Lohengrin-Vorspiel.

Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Panorama Breitestraße 53, 1. Etg.

Süd-Amerika

Reise i. d. Bolivianischen Cordillere d. d. Urwälder dieser inter. Tropen-Provinz.

Hansa-Theater.

Donnerstag den 1. März:

Eröffnungs-Vorstellung.

Billetvorverkauf täglich in Sagers Zigarrengeschäft, Kohlmarkt.

Stadthalleutheater.

Mittwoch den 28. Februar. 7½ Uhr.

8. Volkstümliche Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Die beiden Leonoren.

Lustspiel in 4 Akten von Lindau.

Donnerstag den 1. März. Im Abonnement.

Einmaliges Gastspiel des berühmten Heldentenors

A. Pennarini

vom Hamburger Stadttheater.

Die Jüdin.

Große Oper in 5 Akten von Halevy.

ARGARINE Ohra ersetzt beste Butter

Stets frisch im Karton und auch ausgewogen empfiehlt bestens

Ludw. Hartwig.

Sie erhalten Lubeca-Marken.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege. H. Schreiber, Wahmst. 8.

Wilhelm Bening empfiehlt seinen Rasier- und Frisier-Salon Engelsgrube 80.

St. Gertrud-Liedertafel.

Kappen-Fest

am Freitag den 2. März 1906 im „Konzerthaus Fünfhausen" (W. Neumann).

Anfang 8 Uhr. Eintritt 60 Pfg., eine Dame frei.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigk. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 49 — Mittwoch, den 28. Februar 1906. — 13. Jahrgang

Im Dienste der Menschheit.

Moskauer Blutszene.

Die Münchener Medizinische Wochenschrift veröffentlicht einen „Brief aus Moskau", dessen Verfasser Dr. A. Dworetzki die schwierige, oft furchtbare Lage schildert, in die die Aerzte jetzt während der russischen Revolution geraten sind, wie viele von ihnen um ihrer politischen Ueberzeugung willen mißhandelt oder gar ermordet wurden und wie selbst die politisch inaktiven bei ihrem Bestreben, allen Leidenden zu Hilfe zu kommen, den Haß der Gewalthaber auf sich lenken. Ein Fall dieser Art wird von Dr. Dworetzky wie folgt geschildert:

Als der Aufstand in Moskau bereits seinem Ende entgegenging und nur noch der Stadtteil Preßnia, in welchem sich die aus den zentralen Stadtvierteln verdrängten Revolutionäre zurückgezogen hatten, von Militär umstellt und aus Kanonen beschossen wurde, spielte sich folgender tragische Vorfall ab.

Im Stadtteil Preßnia wohnte der als Psychiater und Anthropologe über Rußlands Grenzen hinaus bekannte Privatdozent der Universität Moskau, Dr. Viktor Worobjew.

Am 30. Dezember wurde er zu einem Verwundeten in ein Nachbarhaus geholt; auf der Straße herrschte ein lebhaftes Gewehrfeuer. Auf dem Heimweg bemerkte er zu seinem Erstaunen, daß die Schüsse gerade auf ihn gerichtet waren; er erhob beide Hände noch oben zum Zeichen dafür, daß er keine Waffen führe, trotzdem wurde auf ihn fortgesetzt geschossen und nur dank einem glücklichen Zufall gelang es ihm, die Straße zu überschreiten und unversehrt seine Wohnung zu erreichen.

Kaum hatte er die Wohnung betreten, als die Tür sich öffnete und im Vorzimmer ein Haufe Soldaten, geführt von dem Polizeimeister des Preßnia-Reviers, Jermolow, erschien. Dieser wandte sich nun an Dr. Worobjew mit der Frage:

„Hier befindet sich eine Station vom Roten Kreuz?"

„Nein."

„Sie sympathisieren mit den Revolutionären?"

„Ich hege für sie keine Sympathie, aber meine Pflicht als Arzt ist es, allen zu helfen, welche ärztlicher Hilfe bedürfen."

„Sie besitzen eine Waffe?"

„Einen Revolver, aber ich habe auch vom Stadthauptmann die Erlaubnis dazu."

Worobjew wandte sich, um in das Nebenzimmer zu gehen und von dort die Waffe wie den Erlaubnisschein zu holen. Im selben Augenblick feuerte Jermolow auf ihn seinen Revolver ab. In den Hinterkopf getroffen, stürzte Worobjew zu Boden.

Mit dem Schrei: „Wofür? wofür?" warf sich seine Frau gegen Jermolow, aber dieser blickte sie wuterfüllt an, rief: „Mund halten!" und erhob auch auf sie seinen Revolver. Ihre Tochter riß sie zur Seite. Einige Sekunden stand noch der Mörder über dem Sterbenden, drehte sich dann um und verließ das Zimmer. Nach etwa 4stündiger Agonie verschied Worobjew.

Infolge des in den Straßen von Preßnia tobenden Kampfes vermochte die Witwe erst zwei Tage später dem Rektor der Universität von der Ermordung Mitteilung zu machen. Der Rektor übermittelte die Nachricht nebst einigen Zeugenaussagen an den Staatsanwalt des Moskauer Oberlandesgerichts.

Unter dem Druck der öffentlichen Meinung wurde Polizeimeister Jermolow nach einigem Zaudern endlich verhaftet. Da aber seine Schwester Hofdame in Petersburg ist, wurde er nach kurzer Zeit aus der Haft entlassen, und seine Angelegenheit wurde nicht auf gerichtlichem Wege weiter verfolgt, sondern dem Ermessen des Generalgouverneurs überwiesen.

Die russischen Aerzte stehen, wie Dworetzky sagt, fast alle in den ersten Reihen der Freiheitskämpfer. Sie sind mit ganz geringen Ausnahmen aus dem Volke hervorgegangen und kommen auch durch ihren Beruf täglich und stündlich mit ihm in engste Berührung, wodurch sie den tiefsten Einblick in seine Leiden und Nöten und in die wirtschaftliche Zerrüttung erhalten, die durch das bisherige Regime herbeigeführt worden ist. Die russische Regierung weiß auch genau, wie sie mit den Aerzten daran ist, und läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ihre Person und ihre gemeinschaftlichen Veranstaltungen zu schikanieren. Viele Aerzte sind auf administrativem Wege verhaftet und ohne Gericht und Urteilsspruch in die „finsteren, dumpfen Steinlöcke der russischen Bastillen" geworfen und dann durch Verfügung der Behörde binnen 24 Stunden aus ihrer Heimat entweder nach den unwirtlichen nördlichen Gouvernements ausgewiesen oder nach Sibirien verbannt worden. Außerdem ist es häufig vorgekommen, daß der Pöbel gegen einen Arzt aufgereizt wurde und ihn aufs Grausamste verprügelte, nicht selten sogar tötete.

Als im Oktober der große Generalstreik hereinbrach, nahmen auch die Aerzte daran Teil, zwar nicht in der eigentlichen Krankenpraxis, aber in ihrer öffentlichen Tätigkeit. Am radikalsten gingen die Petersburger Aerzte vor, die Ende Oktober beschlossen, sich dem altrussischen revolutionären Proletariat anzuschließen, in dessen Interesse die Tätigkeit an Krankenhäusern fortzusetzen, aber von ärztlicher Hilfeleistung alle auszuschließen, die im Dienst der Regierung gegen die Freiheitsbewegung ankämpften oder gar an der Tötung und Hinrichtung von Revolutionären irgendwie beteiligt gewesen waren. Außerdem wurde die Beziehung zu den Behörden gänzlich abgebrochen.

In Moskau wurden von den an den städtischen Krankenhäusern angestellten Aerzten ähnliche Beschlüsse gefaßt. In den furchtbaren Tagen der Pöbelherrschaft in Moskau haben, wie der Mord Dworetzkys lehrt, auch die Aerzte sehr zu leiden gehabt. Viele wurden in der Stadt und auf dem Lande unter furchtbaren Mißhandlungen ermordet, andere verwundet, noch andere in bestialischer Weise verprügelt. Zahlreiche Studenten der Medizin wurden vom Mob geradezu in Stücke gerissen oder in der Moskwa ertränkt oder aus einem Hinterhalt erschossen. Als sich in der zweiten Hälfte des Dezembers der Aufstand in Moskau erneuerte und ein heftiger Barrikadenkampf entbrannte, hatten die Aerzte schon zuvor eine sorgsame Organisation mit 24 eigenen Sanitätsdetachements und neun fliegenden Kolonnen vorbereitet.

Es wird noch von Dworetzky erwähnt, daß sogar auf den Kirchtürmen Maschinengeschütze aufgestellt waren, die die verdächtigen Häuser mit Granaten und Schrapnells bombardierten. Die Hilfstätigkeit der Aerzte war der Moskauer Administration natürlich ein Dorn im Auge, und der Generalgouverneur betrachtete sie als eine offene Unterstützung der „Meuterei". Die mit einem roten Kreuz als Lazarett gekennzeichneten Häuser wurden vom Militär vorzugsweise beschossen, und zwar möglichst mit der Richtung auf die Fenster der Zimmer, wo die Verwundeten untergebracht waren. Gleichzeitig begannen die Soldaten jede Person, die an der Straße mit einer Binde vom Roten Kreuz erschien, einfach niederzuschießen.

„Die Genfer Konvention wurde vom General-Gouverneur ohne weiteres für Moskau aufgehoben."

Die Polizei zwang auch sämtliche Privatlazarette und Sanitätsstationen, ihre Tätigkeit einzustellen, und alle in Behandlung befindlichen Verwundeten ohne Rücksicht auf ihren Zustand nach den städtischen Krankenhäusern zu schaffen. Der Polizeibestialität war völlig freie Hand zugestanden, und nun offenbarte sie sich, wie sie ohne Maske ist.

Soziales und Vereinliches.

Vier Setzer in Zeugniszwangshaft. Zu dieser bereits von uns gewürdigten Haupt- und Staatsaktion der Forster Staatsanwaltschaft schreibt ein Buchdrucker im „Korrespondent": Das sind ja nette Aussichten! Wenn jetzt irgend ein Redakteur ein „Verbrechen" begangen hat — meist hat er ja dann nur die Wahrheit gesagt — dann sperrt man die Setzer ein, weil man den wirklich Schuldigen nicht kriegen kann! Es ist wirklich schwer, hier keine Satire zu schreiben. Ein Redakteur erhält ein Manuskript zugesandt; er sieht ein und überzeugt sich, daß der Inhalt der Veröffentlichung wert ist, der Artikel wird gesetzt und gedruckt. Irgend ein Staatsanwalt ist der Ansicht, daß durch den Artikel einer von den hunderten Paragraphen des Strafgesetzbuches verletzt ist, er erhebt Anklage gegen „Unbekannt", vernimmt den verantwortlichen Redakteur als Zeugen gegen diesen „Unbekannt". Der Redakteur ist ein Ehrenmann und kein Denunziant! Er nimmt also die ihm durch das Preßgesetz auferlegte volle Verantwortung auf sich. Das genügt aber dem Staatsanwalte nicht. Mit der Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen allein ist es im deutschen Rechtsstaate aber nicht getan. Der Schreiber des Artikels muß auch ans Messer! Nun ist — wie gesagt — der Redakteur ein Ehrenmann, und er nannte den Verfasser nicht! Der Redakteur kommt dann dafür ins Kittchen. Bis hierhin hat die Sache einen Schein des Rechtes. Für wirkliche Straftaten Strafe, das wäre logisch richtig. Jetzt aber weiter! Der Redakteur gibt den Artikel zur Setzerei. Der Metteur gibt den Artikel an den oder die Setzer weiter. Weigert sich nun der Setzer, den Artikel zu setzen, so kann er laut Gesetz wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung sofort entlassen werden, also brotlos gemacht werden! Der Setzer wird also ruhig den Artikel setzen. Einmal, weil er muß, dann aber vielleicht auch selbst empfindet, daß in dem Artikel lediglich berechtigte Interessen (event. sogar seine eigenen!) vertreten sind. Nach Ansicht des Staatsanwaltes ist er dann vielleicht sogar Mitschuldiger. Es kann aber auch ein anderer Fall eintreten, und zwar derjenige, der wohl der einzige zutreffende „Fall" ist. Der Setzer weiß es, aber der Staatsanwalt weiß es vielleicht nicht, daß von 100 Manuskripten für die Zeitung 99 in 2, 3, 4, ja 6, 10, 12 Teile zerschnitten werden und so ebenso viele Setzer an der Herstellung des Artikels beteiligt sind. Selbst wenn ein Setzer unter diesen Umständen ein Preß-„Verbrechen" verhindern wollte, könnte er es nicht, weil ihm ja der Gesamtinhalt des Artikels gar nicht zur Kenntnis gekommen ist, noch vor der Drucklegung zur Kenntnis kommen kann. Aber für den Staatsanwalt weiß der Setzer doch wenigstens etwas! Der Setzer kennt ohne Zweifel die Handschrift der — ständigen oder gelegentlichen — Mitarbeiter: ergo kann er dem Staatsanwalt den Namen des „Verbrechers" nennen. Wir wissen zwar, daß die Handschriftenwissenschaft ein sehr schwieriges Gebiet ist; Schreibsachverständige haben in manchen Prozessen sich und der Welt die Köpfe zerbrochen, um festzustellen, ob gerade diese Handschrift die des Angeklagten ist! Aber der Setzer muß nach Ansicht des Staatsanwalts mehr sein als der sachverständigste Schreibsachverständige, weiß er — der Setzer — das nicht, wird er eingesperrt. Nun gibt es aber auch Schreibmaschinen! An diesen Dingern kann man absolut nicht sehen, wer sie getippt hat! Und auch an dem mit der Schreibmaschine „geschriebenen" Manuskripte kann man — bis heute wenigstens — gar nicht sehen, wer getippt hat. Aber der Setzer, ja der Setzer muß es doch wissen! Also vernehmen wir diese „Alleswisser" und sagen sie dann nicht aus, gibt es ja das be—rühmte Zeugniszwangsverfahren. Ueber die juristische Frage hier kein Wort! Auch kein Wort über das 20. Jahrhundert, in dem wir leben! (Es stimmt doch? Oder befinden wir uns noch vor dem Mittelalter?!) Und der Zweck dieser Zeilen?

Sybil.

Sozialpolitischer Roman von Disraeli.
Uebersetzt von Natalie Liebknecht.

23. Fortsetzung.

„Was muß getan werden, Herr?" fragte der ängstlich gewordene Diggs, „ein menschliches Wesen in dieser Lage —"

„Sprechen Sie nicht, sondern handeln Sie," sagte Morley. „Es ist keine Zeit zu verlieren. Der Knabe muß ins Haus gebracht und zu Bett gelegt werden — und in ein warmes Bett, in eine Ihrer besten Stuben und muß jede Bequemlichkeit haben. Ich bin in Eile, aber ich will warten und bei ihm wachen, bis die Krisis vorüber ist. Kommen Sie mit und wir nehmen ihn auf die Arme und tragen ihn durch Ihre Privattüre hinauf. Jede Minute ist kostbar." Und Herr Morley und der ältere Diggs traten ins Haus.

Drittes Kapitel.

Wodgate oder Wojate, wie es auf der Karte genannt wird, war ein Distrikt, der in alten Zeiten dem Wodan geheiligt war, und der bestimmt zu sein schien, durch die einander folgenden Jahrhunderte hindurch seinen heidnischen Charakter zu bewahren. Zu Anfang des Revolutionskrieges war Wodgate eine Art Squatter-Distrikt, (Squatter sind Leute, die sich auf Land ansiedeln, das ihnen nicht gehört.) der großen Minen Region, an die er anstieß — eine Stätte, wo Abenteurer der rasch aufblühenden Industrie sich niederließen. So sammelte sich in der häßlichsten Gegend Englands allmälig eine Bevölkerung, die, von der übrigen Welt abgeschlossen, fast ausgestoßen, für sich lebte und ihren Stolz darein setzte, in der Bearbeitung der Metalle das Vorzüglichste zu leisten. Und bald wurden die Arbeiter Wodgate's für gewisse Zweige die besten Englands und das Werk ihrer Hände war das beste auf dem Weltmarkt. Große Fabriken bestehen hier nicht; die Arbeiter arbeiten bei sich zu Hause und in kleinen Werkstätten. Roh bis zur Wildheit und stolz auf ihre Kunstfertigkeit hängen die Bewohner Wodgate's an diesem reizlosen Fleck Erde, als wäre es ein Paradies. Halb mittelalterlich organisiert, bilden die Meister einen Bund unter sich! Sie behandeln ihre Lehrlinge mit grausamer Härte, allein diese lassen es sich gefallen, weil sie die Aussicht haben, aus Ambossen einst Hämmer zu werden. Durchschnittlich wird blos vier Tage die Woche gearbeitet, — die übrigen drei Tage wird getrunken und allerhand roher Sport getrieben, wie Hunde- und Hahnenkämpfe. Schulen gibts nicht, oder nur von der primitivsten Sorte. Die Wenigsten können lesen und schreiben. Kurz — es ist ein fast tierisches Leben, das dort geführt wird und zwischen übermäßiger Arbeit und rohem Genuß sich bewegt.

Das war die Bevölkerung, unter welche Morley im Begriff war, sich zu mischen. Wodgate hatte das Ansehen einer großen, schmutzigen Vorstadt. Wenn man hineinging, und lange Reihen von kleinen, schmutzigen Hütten durchwandert hatte, erwartete man jeden Augenblick in eine ordentliche Straße zu kommen und Gebäuden zu begegnen, die der zahlreichen uns umschwärmenden Bevölkerung entsprachen. Nichts der Art. Keine öffentlichen Gebäude, keine Kirche, keine Kapelle, kein Rathaus, kein Institut oder Theater. Die Hauptstraßen in der Mitte der Stadt, in welchen die sehr wenig einladenden Läden sich befanden, waren, wenn auch durch Häuser von größer Höhe ausgezeichnet, doch gerade so eng und womöglich noch schmutziger. Neben jedem vierten oder fünften Hause münden „Alleen" (Gäßchen) aus, die selten mehr als eine Elle breit waren und von Schmutz überflossen. Diese „Alleen" waren angefüllt mit Wohnungen der verschiedensten Größe, und vom Hauptthof aus zweigte sich oft eine Anzahl kleinerer „Alleen" oder vielmehr schmaler Durchgänge ab, wie man sie sich nicht enger, schmutziger und dunkler denken kann. Hier hörte während des Tages der Klang des Hammers und der Feile nicht auf, inmitten von stinkenden Gassen, faulenden Schmutzhaufen, stillstehenden Pfützen von Unrat — Krankheitsquellen, deren Ausdünstung hingereicht hätte, die Luft des ganzen Königreichs zu verpesten.

Ein schmächtiger, zerlumpter Bursche, durch die englische Krankheit verkrüppelt und schwarz von seinem Handwerk, saß auf der Schwelle einer elenden Baracke und arbeitete mit der Feile. Hinter ihm stand ein verkommenes, mageres Mädchen mit dem Rücken eines Grasspferdes — eine Mißbildung, die von einer falschen Stellung des Schulterblattes herrührte, wie sie sehr häufig unter den Mädchen von Wodgate war, als Folge der vorgebeugten Stellung bei der Arbeit. Das lange, melancholische Gesicht, der blöde Blick, den sie auf Morley richtete, als als dieser vorbeiging, fielen demselben auf; er dachte, daß die Gelegenheit günstig sei, um nach der Person zu fragen, die er suchte, und er wendete sich deshalb an den Arbeiter.

„Guter Freund, kennen Sie vielleicht zufällig hier oder hier herum einen Mann mit Namen Hatton?"

„Hatton", erwiderte der Bursche, mit einem Grinsen über das ganze Gesicht aufblickend, aber immer noch seine Arbeit fortsetzend, „ich denke wohl, ich kenne ihn."

„Nun, das ist mir lieb. Sie können mir etwas über ihn sagen?"

„Sehen Sie dieses hier?" sagte der Bursche, immer noch grinsend, und, die Feile aus seiner schwarzen, schwieligen Hand fallen lassend, deutete er auf eine lange Narbe, die seine Stirn durchfurchte; „dies ist sein Werk."

„Ein Zufall?"

„Mag sein, aber ein Zufall, der sich sehr oft ereignet. Ich möchte eine Krone (5 Mark) haben für jedes Loch, das er mir in den Kopf geschlagen hat. Er schlug mir ein Mal ein Loch in den Kopf mit einem Schlüssel, zwei Mal mit einem Schloß, es traf mich zwei Mal mit der Ecke eines Schlosses an den Kopf, ein Mal mit einem Bolzen und ein

Ueber den Stand des Nürnberger Parteigeschäfts wurde in einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Nürnberg von der Preßkommission Bericht erstattet, der einen erfreulichen Aufschwung im Verlaufe des verflossenen Geschäftsjahres konstatiert. Der Abonnentenstand der „Fränk. Tagespost“ hat sich um rund 2500 gehoben und ist bis Ende Dezember auf über 13 000 gestiegen. Im Januar sind ebenfalls wieder zirka 1000 Abonnenten hinzugekommen, zurzeit beträgt der Stand weit über 14 000. Es soll eine planmäßige Agitation betrieben werden, um die unparteiischen Blätter, die in Nürnberg leider in den Arbeiterwohnungen noch sehr massenhaft zu finden sind, zu verdrängen und an ihrer Stelle dem Arbeiterblatt Eingang zu verschaffen. Der Reinüberschuß betrug 17 836 Mk., wovon 2150 Mk. zu sozialpolitischen Zwecken verwendet wurden. 6000 Mk. wurden zur Bildung eines Hausbaufonds und 6000 Mk. zur Bildung eines Reservefonds zurückgelegt. Die Schulden des Geschäftes, die bei der Reorganisation vor einigen Jahren sehr beträchtliche waren, sind im verflossenen Jahre vollständig getilgt worden. Nunmehr soll die Hauptaufmerksamkeit auf die weitere Ausgestaltung des Blattes gerichtet werden. In absehbarer Zeit will man ein eigenes Heim errichten, ferner ist in Aussicht genommen, der „Tagespost“ ein handlicheres Format, etwa das des „Vorwärts“, zu geben und sie achtseitig erscheinen zu lassen. Dies hofft man bis zum 1. Mai 1910 durchführen zu können.

Zur Maifeier. Im Stutigarter Gewerkschaftskartell wurde am 22. Februar mit großer Mehrheit beschlossen, zur Maifeier wieder einen Maifestzug zu veranstalten. Es wurde nach der Stärke der Gewerkschaften abgestimmt (12 000 Stimmen wurden für, 6000 dagegen abgegeben.) Eine Versammlung der sozialdemokratischen Partei hat sich in vergangener Woche ebenfalls für die Veranstaltung eines Maifestzuges ausgesprochen.

Aus Nah und Fern.

Wie deutsche Vaterlandsverteidiger behandelt werden. Wegen Soldatenmißhandlung in 28 Fällen verurteilte das Kriegsgericht in Königsberg den Unteroffizier Sablowski zu drei Monaten Gefängnis. Mildernd fiel für den Soldenschinder ins Gewicht, daß er „gute Soldaten habe erziehen“ wollen. Deshalb wurde auch von der Degradation Abstand genommen. — Dasselbe Gericht verurteilte den Feldwebel Fritz Herrmann wegen einiger „minderschwerer“ Mißhandlungsfälle zu drei Wochen gelindem Arrest. — Das Düsseldorfer Kriegsgericht verurteilte am 21. Februar d. J. wegen erheblicher Mißhandlung von Rekruten zwei Kanoniere von der dortigen 7. Artillerieabteilung zu drei bezw. zwei Monaten, einen Gefreiten und einen Ulan vom 5. Ulanenregimente zu je drei Wochen Gefängnis. — Weil er vom Korporalschaftsführer schlecht behandelt und schikaniert wurde, desertierte der Pionier Wilhelm Hoffmann vom Pionierbataillon Nr. 6 in Neisse am 21. November v. J. von seiner Truppe nach Breslau. Er änderte auf seiner Invalidenkarte den Namen und nahm Arbeit in der Zuckerfabrik in Rosenthal an. Vor dem Breslauer Kriegsgericht der 11. Division war der Ausreißer angeklagt der unerlaubten Entfernung und Urkundenfälschung. Der Angeklagte gab an, er hätte eines Tages auf Befehl des Unteroffiziers Josef Marauschke nach dem Dienst mittags fünfzig mal Gewehrstrecken müssen und dann abends noch hundert mal; außerdem mußte er im Hofe noch vier Schemel scheuern. Der kommissarisch vernommene Unteroffizier hat zugegeben, daß er dem Mann hat die Prozeduren ausführen lassen, weil er sich im Dienst vernachlässigt habe. Das Kriegsgericht erkannte auf vier Wochen und drei Tage Mittelarrest. Wie der Verhandlungsführer bei der Begründung ausführte, liege seitens des Unteroffiziers keine Mißhandlung, sondern nur — vorschriftswidrige Behandlung vor, für die er ja auch bestraft würde. — Während der Ausübung des Dienstes schlug am 9. Februar aus geringfügigem Anlaß der Leutnant Lothar v. K. vom Grenadier-Regiment Nr. 12 in Frankfurt a. O. den Grenadier Schulz mehrmals derartig ins Gesicht, daß diesem Zähne und Lippen bluteten und er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. v. K. war geständig. Der Vertreter der Anklage beantragte über das Mindestmaß (8 Tage!) hinauszugehen und auf 12 Tage Stubenarrest zu erkennen. Das Kriegsgericht verurteilte v. K. wegen Soldatenmißhandlungen zu zehn Tagen (!) Stubenarrest. Es berührt eigentümlich, daß die Presse den Namen des Leutnants verschweigt. Warum die Schonung? Es wäre doch für alle Welt von Interesse zu erfahren, welcher Leutnant das empörende Roheitsvergehen begangen hat! — Wenn es sich um Vergehen von Soldaten gegen Vorgesetzte handelt, fallen die Strafen bei den Militärgerichten immer recht hoch aus. So hatte ein Mainzer Pionier, der zur Ausbildung nach Darmstadt kommandiert war, am Tage seiner Ankunft die Stubengenossen gefragt: „Wie ist denn Euer Spinner? Wenn er nicht klar ist, wollen wir ihn nachts einmal abziehen.“ Spinner heißt in der Soldatensprache Unteroffizier und abziehen bedeutet durchprügeln. Der Pionier hatte sich schwerlich bedacht, daß jemand seine Großsprecherei ernst nehmen und sich an dem Unteroffizier vergreifen würde; denn er war betrunken, als er die Aeußerung beim Zubettegehen machte. Aber das Kriegsgericht verurteilte den bisher unbestraften Mann wegen Beleidigung eines Vorgesetzten zu 14 Tagen Mittelarrest, und dem Gerichtsherrn war dieses Urteil noch zu mild. Auf seine Berufung erhöhte das Oberkriegsgericht die Strafe auf vier Wochen Mittelarrest, weil der Pionier nicht nur einen Vorgesetzten beleidigt, sondern auch „aufreizend“ auf die Leute eines anderen Regiments eingewirkt habe.

Pommersche Gerichtsurteile. Einer Kinderei wegen wurde der 14jährige Knabe Paul Richert aus Wolgast zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Junge soll einem anderen 6 Jahre alten Knaben mit Totschlagen gedroht haben. Gegen dieses Urteil hatte der Vater des Vierzehnjährigen Berufung eingelegt. Aber die Greifswalder Strafkammer verwarf die Berufung und es blieb also dabei, daß der Junge für seine keinesfalls ernst gemeinte Drohung, also einer Kinderei wegen, 2 Monate Gefängnis behielt. — Vor demselben Gericht erhielt der Geschäftsführer Paul Gerhard aus Ducherow 150 Mark Geldstrafe, weil er in der Ziegelei seines Vaters einen 14jährigen Jungen Ernst Voigt, an einem Göpelwerk beschäftigte, an dem die Schutzvorrichtungen fehlten, und wobei dieser Junge mit einem Fuß in das Getriebe geriet. Der Junge wurde derartig zugerichtet, daß er Zeit seines Lebens ein Krüppel bleibt; denn das verletzte Bein mußte ihm bis zum Knie abgenommen werden.

Ueber „menschlich denkende Richter“ wird jetzt in der bürgerlichen Presse großes Aufheben gemacht. Ein Dresdener Geschäftsmann hatte sich durch falsche Angaben über seine Kreditfähigkeit Darlehen zu verschaffen gewußt. Die 5. Strafkammer hatte ihn wegen Betruges zu ein Jahr 7 Monaten Gefängnis verurteilt und infolge der Höhe der Strafe beantragte der Staatsanwalt die sofortige Inhaftnahme des Angeklagten. Hiergegen erhob der letztere Widerspruch und begründete denselben damit, daß er eine zahlreiche Familie zu ernähren habe, daß seine Frau sich in gesegneten Umständen befinde, und daß er selbst eine feste Stellung habe. Der Gerichtshof gab dem Antrage der Staatsanwaltschaft keine Folge, sondern beließ den Mann auf freiem Fuße. Der Vorsitzende des Gerichts, Landgerichtsdirektor Bockwitz, führte dabei aus, daß nicht allein die Höhe der Strafe ausschlaggebend sei, ob jemand in Haft zu nehmen sei oder nicht. Auch die persönlichen und Familienverhältnisse des Betreffenden müßten dabei gebührend berücksichtigt werden. Diese Handhabung des Gerichtshofes wird als ein Akt „edler Menschlichkeit“, als ein „nachahmenswertes Beispiel“ bezeichnet. Wir haben nichts dagegen einzuwenden. Ein Pendant dazu gibt die „Sächsische Arbeiter Zeitung“. Als vor kurzem vom Dresdener Landgericht in einem Demonstrationsprozesse ein Arbeiter verurteilt war, der sich in noch schlimmerer Lage als hier der Geschäftsmann befand, da nahm das Gericht keine Rücksicht, der Mann wurde nicht aus der Haft entlassen. Der Geschäftsmann hat — wenn auch vielleicht aus Not — nach dem Buchstaben des Gesetzes eine gemeine, unehrenhafte Handlung begangen, jener Arbeiter aber nicht, er hat nur politisch gesündigt. Man gab ihn nicht frei. Die bürgerliche Presse, die die anerkennenswerte richterliche Handlung dem Geschäftsmann gegenüber so herausstreicht, hat damals kein Wort des Tadels gefunden, als nach ihrer eigenen jetzigen Logik eine nicht hübsche Handlung eines Gerichts zu verzeichnen war, und zwar gegen einen armen Arbeiter. Solche Vergleiche geben zu denken; sie reden in ihrer einfachen Feststellung eine aufreizende Sprache gegen den Klassenstaat!

Die bis ins hohe Alter „gesicherte Existenz“. Wegen Majestätsbeleidigung verhandelte das Landgericht Schweinfurt gegen den Klempner Mich. Gebsattel aus Fürth. Um, wie er selbst angab, im Gefängnis versorgt zu werden, stieß er im Wirtshause Aeußerungen aus, die als Beleidigungen des Kaisers und des Prinzregenten von Bayern betrachtet wurden. Das Gericht erfüllte seinen Wunsch und verurteilte ihn zu 4½ Monaten Gefängnis.

Idyll in einem Krankenhause. Sehr zutrauliche Hühner muß es in der Sophienheilstätte in Berka a. J. geben; thüringische Blätter melden von dort folgendes: In der Liegehalle Nr. 4 (Genesung), die mit 10 Mann belegt ist, konnte man dieser Tage beobachten, wie ein Huhn auf dem Schoß eines Kranken ein Ei legte und sich bei dieser Beschäftigung durch die dabei lebhaft geführte Unterhaltung der anderen Anwesenden nicht stören ließ. Merkwürdigerweise kam dasselbe Huhn am andern Tag wieder und legte noch ein Ei. — Das „Jenaer Volksblatt“, das von dem Vorgang gleichfalls Notiz genommen hatte, erlaubte sich die bescheidene Frage, ob die Henne nicht etwa eine „Ente“ gewesen sei. Darauf erhielt das Blatt von einem Leser folgende Zuschrift: „Da ich zu jener Zeit auf der Sophienheilstätte als Patient war und in der Genesung gelegen habe, als die Henne dem Patienten aus Langenleuben das Ei auf den Schoß legte, am 23. Januar, so kann ich Ihnen aus eigener Anschauung bezeugen, daß die Henne tatsächlich eine Henne und keine „Ente“ war.“

Sittenverbrecherinnen. Wegen Sittlichkeitsverbrechen hatten sich vor der Strafkammer in Mainz zwei Ehefrauen, die 44jährige Katharina Acker und die 25jährige Katharina Köhler, beide in Westhofen wohnhaft, zu verantworten. Die beiden Angeklagten hatten sich an einem 14jährigen Knaben sittlich vergangen und außerdem öffentliches Aergernis erregt. Die Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt. Die eine der verurteilten Frauen, Mutter von 6 Kindern, versuchte sich in den Rhein zu stürzen, um sich das Leben zu nehmen, wurde aber davon abgehalten.

Mord. Sonnabend ist in Brüssel der chilenische Gesandtschaftssekretär Palnaceras durch den Sohn des Generalkonsuls Waddington durch mehrere Revolverschüsse getötet worden. Palnaceras war mit der Tochter des Generalkonsuls verlobt, jedoch war seit einigen Tagen zwischen den Verlobten eine Spannung eingetreten.

Literarisches.

Die „Sozialistischen Monatshefte“, herausgegeben von J. Bloch, (Administration: Berlin W., Lützow Str. 105) haben soeben das Märzheft ihres 12. Jahrganges erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: James Ramsa Mac Donald: Die Wahlen und die Arbeiterklasse in England. — Julius Bruhns: Wahlrechtsfragen in Süd und Nord. — Eduard Bernstein: Fragen der Taktik in Rußland. — Dr. Conrad Schmidt: Bemerkungen über Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. — Wilhelm Schröder: Gedanken zur Heimarbeit Ausstellung. — Dr. Hugo Lindemann: Versuche und Erfahrungen auf dem Gebiet der Proportionalwahl. — Edmund Fischer: Die Ueberwindung der Prostitution. — Wirtschaft von Max Schippel. — Sozialpolitik von Paul Kampffmeyer. — Soziale Kommunalpolitik von Dr. Hugo Lindemann. — Sozialistische Bewegung von Hugo Poetzsch. — Gewerkschaftsbewegung von Ernst Deinhardt. — Genossenschaftsbewegung von Gertrud David. — Sozialwissenschaften von Paul Kampffmer. — Bildende Kunst von Rudolf Klein. — Dichtkunst von Max Hochdorf. — Buchbesprechungen von Ida Häny Lux — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mark Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteure und durch jede Postanstalt. Ferner direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Lützow-Str. 105, Berlin W. 35 (Zusendung unter Kreuzband oder in geschlossenem Kuvert). Probehefte stehen auf Verlangen jederzeit kostenfrei zur Verfügung.

Das Arbeitersekretariat

(unentgeltliche Auskunftstelle für Jedermann)

ist geöffnet an Wochentagen von 12—2 Uhr mittags und von 6—7½ Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen, sowie Mittwoch Nachmittag geschlossen.

Mal mit einem Riegel. Einmal schlug er mich mit dem Hammer auf den Kopf. Das war ein Schlag! Damals wurde ich ohnmächtig. Als ich zu mir kam, hatte der Meister das Blut mit einem Stück Pelz von seiner Mütze gestillt. Ich mußte sofort weiter arbeiten. Der Meister sagte, ich müßte meine Aufgabe machen, und wenn ich bis zwölf in der Nacht arbeitete. Manchen Stock hat er mir auf dem Leib zerschlagen, manchmal blieben die Schwielen die ganze Woche, einmal schlug er mir das Augenlid mit einem Stocke durch — es war ein tüchtiges Loch und das Blut lief über die Feile, mit der ich arbeitete. Er hat meine Ohren manchmal gezerrt, daß ich dachte, sie müßten ihm in der Hand bleiben. Aber alles das war garnichts im Vergleich mit dem Schlag hier: das war ernsthaft, und wenn ich es nicht überstanden hätte, dann hätte es eine Leichenschau gegeben, wie die Leute sagten; doch das sind Narrenspossen, denn der alte Tugsford machte einen seiner Lehrlinge kalt, der Körper wurde aber nicht mehr gefunden. Und nun fragen Sie mich, ob ich Hatton kenne! Ich sollte meinen, daß ich ihn kenne!“

Und der schmächtige, verkommene Bursche lachte vergnügt, als ob er eine Reihe der glücklichsten Abenteuer erzählt hätte.

„Gibt es denn aber keine Abhilfe gegen solch ungerechte Unterdrückung?“ fragte Morley, der mit Erstaunen dieser lieblichen Erzählung zugehört hatte. „Ist denn kein Magistrat hier, an den man sich wenden kann?“

„Nein, nein“, sagte der Feiler mit sichtbar stolzer Miene; „wir haben in Wodgate keinen Magistrat. Wir haben einen Konstabler; und da war hier ein Lehrling, der blos, weil sein Meister ihm mit einer Eisenstange einen Klaps gab, nach Bamborough zum Magistrat ging und einen Verhaftsbefehl erwirkte. Er holte die Vorladung selbst und gab sie dem Konstabler, aber der stellte sie nicht zu. Und das ist's, wozu wir einen Konstabler hier haben.“

„Es tut mir leid, daß ich mit einem solchen Schuft, wie dieser Hatton, etwas zu tun habe.“

„Das ist kein Schuft! Sie werden in ihm einen sehr ordentlichen Menschen finden,“ sagte der Feiler, „wenn er nicht gerade am Trinken ist. Dann ist er etwas derb, aber man muß ihn alles in allem nehmen, und da ist er doch ein sehr tüchtiger Meister; es gibt weit schlechtere.“

„Was, als dieses Ungeheuer?“

„Nun, es ist eben seine Art, das ist alles. Wir sind eine eigene Menschensorte hier. Er hat seine guten Seiten. Geben Sie ihm ein Schloß zu machen, und Niemand bringt Ihren Kasten auf. Er ist auch sehr freigebig mit dem Essen. Niemals hatte ich Pferdefleisch, so lange ich bei ihm bin, bei Tugsford haben sie's, sonst nichts; niemals Fleisch von einer kranken Kuh, außer manchmal, wenn das Fleisch sehr teuer war. Er war immer gegen totgeborene Kälber, und er pflegte zu sagen, er wolle für seine Jungen Fleisch, das lebendig geboren und lebendig geschlachtet worden ist. Und manchmal gab er uns ein Gericht Fische, wenn sie vier oder fünf Tage in der Stadt gewesen und nicht verkauft worden waren. Nein, gebt auch dem Teufel sein Recht, — sage ich. Niemals läßt es der Bischoff bei den Mahlzeiten an etwas fehlen, — das Einzige was fehlt, ist die Zeit, sie zu verzehren.“

„Und warum nennen Sie ihn Bischoff?“

„Das ist sein Name und seine Autorität; denn er ist hier der Befehlshaber über uns alle. Und es war immer so, daß Wodgate von einem Bischoff regiert wurde; da wir keine Kirche haben, wollen wir wenigstens etwas Aehnliches haben. Und kraft seines Amtes hat er mich heute vor acht Tagen, wo meine Zeit herum war, mit dieser jungen Dame verheiratet. Sie gehört zu den Wiedertäufern (Baptisten) und wünschte durch ihren Geistlichen mit mir verbunden zu werden, aber alle Burschen, die ihre Zeit mit mir gedient hatten, waren vom Bischoff getraut worden, und noch viele andere, und ich sah keine Veranlassung, es anders zu machen. So sprengte er etwas Salz über einen Beatrost, las das „Vater Unser“ rück- und vorwärts, schrieb unsere Namen in ein Buch und wir waren getraut. Aber ich tat es nicht übereilt, nicht wahr Suly? Der Beweis ist, daß wir zwei Jahre mit einander gegangen sind; und in ganz Wodgate ist kein Mädchen, das so gut mit der Feile umgehen kann, wie Suly.“

„Und wie heißen Sie, mein braver Bursche?“

„Man nennt mich Tommas (Thomas), ich habe keinen zweiten Namen bekommen; nun bin ich verheiratet und nehme noch den Namen meiner Frau an, denn sie ist eine Baptistin und hat deshalb zwei Namen.“

„Ja mein Herr,“ sagte das Mädchen mit dem Grasperdrücken. „Ich bin eine geborene Christin und meine Mutter war es vor mir, und das können nur wenige Mädchen in dem Hof von sich sagen. Thomas will auch ein Christ werden, wenn die Arbeit nachläßt, und er glaubt jetzt an unsern Herrn und Erlöser Pontius Pilatus, der, um unsere Sünden von uns zu nehmen, gekreuzigt wurde, und an Moses, Goliath und die andern Apostel.“

„O weh!“ dachte Morley, hätten die Frommen nicht einen Missionar in Otaheiti für ihre Landsleute in Wodgate sparen können!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtlich in Lübeck.